

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

2.9.1862 (No. 206)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 2. September.

N. 206.

1862.

Borauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr., und 2 fl. 8 kr. die gepaltene Postzeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karlsruhe, Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat September der Karlsruher Zeitung.

Die preussische Antwort an Bayern.

Die „Stern-Zig.“ theilt die Antwort des Grafen Bernstorff auf die Depesche mit, in welcher die k. bayerische Regierung ihre Zustimmung zu den mit Frankreich geschlossenen Verträgen vom 2. August verjagen zu müssen erklärt hat. Die zu dem Ende an den preussischen Gesandten in München gerichtete Depesche vom 26. d. M. lautet wie folgt:

Berlin, den 26. August 1862.
Hochgeborner Graf! Mit Eurer Hochgeborenem gefälligen Bericht vom 9. d. M. habe ich die Note vom 8. d. M. erhalten, in welcher der Herr v. Schrenk erklärt, daß die k. bayerische Regierung sich außer Stande sehe, dem Handelsvertrage mit Frankreich ihre Zustimmung zu erteilen.

Zur Begründung dieser Ansicht nimmt die gedachte Note zunächst auf die Äußerungen Bezug, welche k. bayerischer Seite auf die von Preußen im Verlauf der Verhandlung gemachten Mittheilungen erfolgt sind; es wird bemerkt, daß man in München durch die am 29. März d. J. erfolgte Paraphirung überrascht worden sei. Unter wiederholter Versicherung ihrer föderativen Gesinnung und mit ausdrücklicher Fernhaltung aller politischen Motive hebt die k. bayerische Regierung absonderlich die sachlichen Bedenken hervor, welche für Bayern und nach der Ansicht Bayerns für den Zollverein überhaupt, sowohl in Ansehung des Tarifs, wie in Betreff einiger Bestimmungen des Handelsvertrages, endlich und hauptsächlich mit Rücksicht auf das Verhältnis zu Oesterreich bestehen.

Wir haben uns den Verlauf unserer Verhandlungen mit Frankreich und insbesondere unsern während derselben mit der k. bayerischen Regierung geführten Schriftwechsel vergegenwärtigt. Wir haben die angeführten einzelnen Bestimmungen der Verträge nochmals geprüft. Wir haben aber weder aus dem Inhalt auf die Vergangenheit, noch aus der wiederholten Erwähnung des jetzt vorliegenden Resultats die Ueberzeugung gewinnen können, daß die von dem k. bayerischen Herrn Minister hervorgehobenen Einwendungen und Bedenken begründet seien.

Als die k. bayerische Regierung uns im August 1860 ihre Zustimmung zum Eintritt in formelle Verhandlungen mit Frankreich erklärte, mochte sie über die Tragweite dieser Verhandlungen in Zweifel sein. Unsere Mittheilung vom April v. J. mußte jeden Zweifel lösen. So erklärte denn auch der Herr v. Schrenk in seiner, als Erwiderung auf diese Mittheilung erlassenen Depesche vom 7. Juni v. J.: „Zweck und Umfang der von französischer Seite eingeleiteten Verhandlungen sind hiernach viel wichtiger und umfassender, als früher von bayerischer Seite erwartet worden war. Es handelt sich nicht, wie bei früheren Zoll- und Handelsverträgen, um einige gegenseitige Zollbegünstigungen, sondern, wie in der preussischen Denkschrift ganz richtig bemerkt ist, um eine vollständige Revision und Umänderung des gesamten Zoll- und Tarifsystems des Zollvereins, der, nachdem nunmehr alle seine westlichen Nachbarn ihr Zollsystem vollständig geändert haben, seinen demnächstigen Tarif, der im Wesentlichen noch auf den Grundlagen von 1833 beruht, nicht mehr beibehalten kann, sondern denselben nicht nur gegenüber von Frankreich, sondern auch allgemein modifiziren und der neuen Lage der continentalen Zollverhältnisse anpassen muß.“ Die Depesche bemerkt weiter: „Es liegt in der Natur der Sache, daß der Zollverein, wenn er durch einen Vertrag seinen Erzeugnissen in Frankreich die gleiche Zollbehandlung sichern will, wie selbe namentlich England und Belgien erhalten haben, auch seinerseits Frankreich umfassende Zugeständnisse machen müsse, die nicht bloß die Abänderung einzelner Tarifsätze, sondern eine wesentliche Modifizierung des gesamten Tarifs zur Folge haben werden.“ Endlich erklärte sich die Depesche auch damit einverstanden, daß die Wiedererneuerung des Zollvereins vorausgesetzt, an Frankreich eine Garantie dafür gegeben werde, daß die sonst abhürden deutschen Staaten mit Ablauf der Vereinsperiode hinaus reichenden, vollständigen Revision des Vereins-Zolltarifs erklärt war.

Ueber die bei dieser Revision anzunehmenden einzelnen Zollsätze, enthielt die Depesche mehrere eingehende Äußerungen. Ich werde Gelegenheit haben, auf einzelne derselben zurückzukommen, im Allgemeinen konnten wir dieselben nach der Natur der Sache und nach der ihnen gegebenen Form nur als den Ausdruck von Gesichtspunkten betrachten, welche wir ernsthaft und so lange als möglich geltend zu machen hatten, nicht aber als den Ausdruck unabhängiger Entschlüsse. Der Herr v. Schrenk wird mir zugeben, daß im letztern Falle die auch von ihm gewünschte Fortsetzung der Verhandlungen unmöglich gewesen sein würde; denn außer der Erklärung Bayerns lagen uns noch die Erklärungen von elf anderen Vereinsregierungen vor, welche weder untereinander, noch mit der bayerischen übereinstimmten.

Zu der That zeigle der Erfolg, daß diese Auffassung auch den der k. bayerischen Regierung getheilt wurde.

Im September vorigen Jahres legten wir unsern Vereinsgenossen das Ergebnis der nach Eingang ihrer Erklärungen fortgesetzten Verhandlungen vor. Die Anlage I. unseres Zirkulars vom 4. Sept. enthielt eine vollständige Uebersicht der von uns an Frankreich gemachten Zugeständnisse, und ließ erhellen, daß es uns nicht möglich gewesen war, bei zahlreichem, in der Depesche vom 7. Juni v. J. genannten Artikeln — keinen Baumwollwaaren, neuen Kleibern, Uhrglasern, feinen Parfümerien, künstlichen Blumen, Lichtern, feiner Seide — an den in dieser Depesche bezeichneten Zollätzen festzusetzen. Der Herr v. Schrenk erbot in seiner Note vom 29. Sept. v. J. gegen die für diese Artikel gemachten, das in seiner Depesche vom 7. Juni bezeichneten Artikelmasse überstreichenden

Zugeständnisse keine Einwendung. Wir begehrten vielmehr in unserer lebhaftesten Befriedigung an der Spitze jener Note der Erklärung, „daß die k. bayerische Regierung vollkommen mit dem von der k. preussischen Regierung bei den Verhandlungen bisher eingenommenen Standpunkt einverstanden sei und derselben für die entscheidende Wahrung der Interessen und der Würde des deutschen Zollvereins zu dem lebhaftesten Dank sich verpflichtet fühle.“ Wir konnten hiernach an der Zustimmung Bayerns zu den von uns an Frankreich gemachten Zugeständnissen um so weniger zweifeln, als im weitem Verlauf der Note zwar darauf hingewiesen wurde, daß diese Zugeständnisse sehr bedeutend seien und manchen Industriezweig empfindlich berühren würden, ein Widerspruch gegen die Zugeständnisse selbst aber an diese Bemerkung nicht geknüpft war.

Der k. bayerische Herr Minister ist nun der Meinung, daß wir in dem letzten, in die ersten Monate des laufenden Jahres fallenden Stadium der Verhandlung sowohl den von uns selbst, in unserer Mittheilung vom September vorigen Jahres ausgesprochenen Ansichten untreu geworden seien, als auch die, von der bayerischen Regierung abgegebenen bestimmten Erklärungen unbeachtet gelassen haben. Ich kann weder das Eine, noch das Andere zugeben.

In unserm Zirkular vom 4. Septem. v. J. haben wir an keiner Stelle gesagt, daß wir eine Erweiterung der von uns bis dahin an Frankreich gemachten Zugeständnisse für unzulässig erachteten. Wir haben uns auf die Erklärung beschränkt, daß wir auf die Mehrzahl der damals von Frankreich gestellten Forderungen nicht einzugehen vermöchten. In der That sind wir auf die Mehrzahl der damals von Frankreich gestellten Forderungen in dem Vertrage vom 2. d. M. nicht eingegangen.

Auch der Herr v. Schrenk hat in seiner Note vom 29. September v. J. einer Erweiterung der Zugeständnisse an Frankreich nicht wider-

Gegenstände

	September 1861		Vertrag vom 2. August	
	zugelassen	gefordert	1865	1866
Baumwollwaaren 1. Klasse	15 Tblr.	11 Tblr.	8 Tblr.	12 Tblr.
2. Klasse	25 „	20 „	13 „	10 „
3. Klasse	40 „	26 „	20 „	16 „
Leinwandwaaren, gebleichte u. f. w.	15 „	10 „	6 „	12 „
Bänder, Borten u. f. w.	25 „	20 „	13 „	24 „
Wollenwaaren: Fustpfeffe	15 „	10 „	10 „	15 „
gewallte	15 „	12 „	10 „	10 „
ungewallte	25 „	22 „	20 „	20 „
bedruckte	40 „	25 „	20 „	30 „
Stidereien	40 „	25 „	20 „	30 „
Seidenwaaren, ganz von Seide	60 „	40 „	50 „	40 „
halbseidene	40 „	15 bis 40 Tblr.	8 bis 20 Tblr.	34 „
Glas, weißes Hohlglas, (Nof. 100 u. Anmerkung I.)	1 1/2 „	1 Tblr. — Egr.	1 Tblr. 18 Egr.	1 1/2 „
Thonwaaren: Jansen, weiß	3 1/2 „	2 „	1 1/2 „	1 1/2 „
benalt	3 1/2 „	2 „	1 1/2 „	1 1/2 „
Porzellan, weiß	3 1/2 „	2 „	1 1/2 „	1 1/2 „
benalt	8 „	6 „	3 „	4 „
Eisen: 1) Stabeisen aller Art, Stahl	1 1/2 „	1 „	7/8 „	1 1/2 „
2) Jagunirtes Eisen	2 „	1 1/2 „	1 1/2 „	1 1/2 „
3) Draht, polirte u. Bleche	3 „	2 1/2 „	2 „	2 1/2 „
4) Weichblech	5 „	4 „	3 „	4 „
Lebterwaaren, grobe	10 „	6 „	5 „	10 „
feine	10 „	6 „	5 „	10 „
Handschuhe	22 „	10 „	13 1/2 „	22 „

Ich bin überzeugt, daß der Herr v. Schrenk, nach Prüfung der vorstehenden Zusammenstellung, bei dem Vorwurf nicht beharren wird, als hätten wir die im September vorigen Jahres allseitig für unzulässig erklärten Zugeständnisse an Frankreich gemacht, und daß er anerkennen wird, wie die von uns im September v. J. bereits gemachten Zugeständnisse, gegen welche er einen Widerspruch nicht erhoben hatte,

in Betreff der Spiegelgläser und des geschliffenen weißen Glases war schon im September Einverständnis vorhanden. In Betreff des Rotheisens war schon im September Einverständnis vorhanden.

Deutschland.

Karlsruhe, 1. Sept. Ihre Majestät die Königin Augusta von Preußen ist heute Abend gegen 5 Uhr zum Besuch der Großherzoglichen Familie, von Baden kommend, dahier eingetroffen, und hat sich um 7 Uhr wieder dorthin zurückbegeben.

Seidelsberg, 30. Aug. Der Fremdenverkehr durch unsere Stadt ist dieses Jahr gegen früher auffallend gering. Während man sonst in dieser Jahreszeit ganze Züge von Reisenden aller Nationen bei uns einsprechen und längere oder längere Zeit in unserer reizenden Misenstadt verweilen sah, begehrnt man gegenwärtig selbst an den schönsten und gesuchtesten Punkten unserer Umgegend nur einzelnen Wanderern, die schnell wieder verschwinden. Diese Erscheinung zeigt sich am ganzen Mittelrhein, wo die Klagen der Wirthe und Hotelbesitzer über „die Stille der diesjährigen Saison“ nur allzu sehr gegründet sind. Es ist dies bezeichnend für die Zeit und gegenwärtige Lage der Dinge, die allerdings nicht der Art sind, die Wanderlust zu wecken und ihr Nahrung zu bieten.

Von unserm bekannnten „Wismester“ (Dr.) Druggen dahier ist so eben in der Buchhandlung von Mohr eine umfassende Geschichte des von ihm gegründeten Vereins der deutschen Rheinprache erschienen, worin er ein anziehendes Bild über die bisherige Entwicklung und Wirklichkeit des Vereins entwirft. Dieser zählt bereits über 2400 Mit-

glieder und ist mit seinen 8 Zweigvereinen über 453 Orte in ganz Deutschland verbreitet.

München, 30. Aug. Die „Bayr. Zig.“ bemerkt in Bezug auf die schon erwähnte Schlussnote der an Bayern gerichteten preussischen Antwortsnote, Preußen suche somit die Verantwortlichkeit für die eventuelle Auflösung des Zollvereins Bayern zuzuschreiben. Der Anlauf der bayerischen Donau-Dampfschiffahrts-Ausfall durch die österreichische Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist vom König genehmigt worden, und mit dem 1. September übernimmt die Gesellschaft den Betrieb. Bei der jüngst vorgenommenen Konvertirung von 8 Millionen des bayerischen Prozentsigen Anlehens in 4prozentige Schuldverschreibungen sind, wie die „Jazzeitung“ berichtet, nur beiläufig 30,000 fl. zur Heimzahlung angemeldet worden. Wie die „Allg. Zig.“ verummt, beabsichtigt Se. Maj. der König Ludwig den bevorstehenden Winter in Rom zuzubringen. Se. Majestät soll zu diesem Ende Anfang des nächsten Monats von Ebnkofen nach Salzburg begeben, und von da, ohne vorerst München zu berühren, auf dem Landwege die Reise nach Italien antreten.

Darmstadt, 29. Aug. (Sch. M.) Unsere Wahlbewegung dauert fort. Gestern stimmten 1597 Wahlberechtigte ab. Von den 1100, die bis zum Nachmittag abgestimmt hatten, rechnet man über 700 zur liberalen, über 300 zur ministeriellen Partei. Der Volkswitz nennt die Anhänger und Förderer

	September 1861		Vertrag vom 2. August	
	zugelassen	gefordert	1865	1866
Baumwollwaaren 1. Klasse	15 Tblr.	11 Tblr.	8 Tblr.	12 Tblr.
2. Klasse	25 „	20 „	13 „	10 „
3. Klasse	40 „	26 „	20 „	16 „
Leinwandwaaren, gebleichte u. f. w.	15 „	10 „	6 „	12 „
Bänder, Borten u. f. w.	25 „	20 „	13 „	24 „
Wollenwaaren: Fustpfeffe	15 „	10 „	10 „	15 „
gewallte	15 „	12 „	10 „	10 „
ungewallte	25 „	22 „	20 „	20 „
bedruckte	40 „	25 „	20 „	30 „
Stidereien	40 „	25 „	20 „	30 „
Seidenwaaren, ganz von Seide	60 „	40 „	50 „	40 „
halbseidene	40 „	15 bis 40 Tblr.	8 bis 20 Tblr.	34 „
Glas, weißes Hohlglas, (Nof. 100 u. Anmerkung I.)	1 1/2 „	1 Tblr. — Egr.	1 Tblr. 18 Egr.	1 1/2 „
Thonwaaren: Jansen, weiß	3 1/2 „	2 „	1 1/2 „	1 1/2 „
benalt	3 1/2 „	2 „	1 1/2 „	1 1/2 „
Porzellan, weiß	3 1/2 „	2 „	1 1/2 „	1 1/2 „
benalt	8 „	6 „	3 „	4 „
Eisen: 1) Stabeisen aller Art, Stahl	1 1/2 „	1 „	7/8 „	1 1/2 „
2) Jagunirtes Eisen	2 „	1 1/2 „	1 1/2 „	1 1/2 „
3) Draht, polirte u. Bleche	3 „	2 1/2 „	2 „	2 1/2 „
4) Weichblech	5 „	4 „	3 „	4 „
Lebterwaaren, grobe	10 „	6 „	5 „	10 „
feine	10 „	6 „	5 „	10 „
Handschuhe	22 „	10 „	13 1/2 „	22 „

Ich bin überzeugt, daß der Herr v. Schrenk, nach Prüfung der vorstehenden Zusammenstellung, bei dem Vorwurf nicht beharren wird, als hätten wir die im September vorigen Jahres allseitig für unzulässig erklärten Zugeständnisse an Frankreich gemacht, und daß er anerkennen wird, wie die von uns im September v. J. bereits gemachten Zugeständnisse, gegen welche er einen Widerspruch nicht erhoben hatte,

in Betreff der Spiegelgläser und des geschliffenen weißen Glases war schon im September Einverständnis vorhanden. In Betreff des Rotheisens war schon im September Einverständnis vorhanden.

Zu der That zeigle der Erfolg, daß diese Auffassung auch den der k. bayerischen Regierung getheilt wurde.

Im September vorigen Jahres legten wir unsern Vereinsgenossen das Ergebnis der nach Eingang ihrer Erklärungen fortgesetzten Verhandlungen vor. Die Anlage I. unseres Zirkulars vom 4. Sept. enthielt eine vollständige Uebersicht der von uns an Frankreich gemachten Zugeständnisse, und ließ erhellen, daß es uns nicht möglich gewesen war, bei zahlreichem, in der Depesche vom 7. Juni v. J. genannten Artikeln — keinen Baumwollwaaren, neuen Kleibern, Uhrglasern, feinen Parfümerien, künstlichen Blumen, Lichtern, feiner Seide — an den in dieser Depesche bezeichneten Zollätzen festzusetzen. Der Herr v. Schrenk erbot in seiner Note vom 29. Sept. v. J. gegen die für diese Artikel gemachten, das in seiner Depesche vom 7. Juni bezeichneten Artikelmasse überstreichenden

Ich bin überzeugt, daß der Herr v. Schrenk, nach Prüfung der vorstehenden Zusammenstellung, bei dem Vorwurf nicht beharren wird, als hätten wir die im September vorigen Jahres allseitig für unzulässig erklärten Zugeständnisse an Frankreich gemacht, und daß er anerkennen wird, wie die von uns im September v. J. bereits gemachten Zugeständnisse, gegen welche er einen Widerspruch nicht erhoben hatte,

Von unserm bekannnten „Wismester“ (Dr.) Druggen dahier ist so eben in der Buchhandlung von Mohr eine umfassende Geschichte des von ihm gegründeten Vereins der deutschen Rheinprache erschienen, worin er ein anziehendes Bild über die bisherige Entwicklung und Wirklichkeit des Vereins entwirft. Dieser zählt bereits über 2400 Mit-

glieder und ist mit seinen 8 Zweigvereinen über 453 Orte in ganz Deutschland verbreitet.

München, 30. Aug. Die „Bayr. Zig.“ bemerkt in Bezug auf die schon erwähnte Schlussnote der an Bayern gerichteten preussischen Antwortsnote, Preußen suche somit die Verantwortlichkeit für die eventuelle Auflösung des Zollvereins Bayern zuzuschreiben. Der Anlauf der bayerischen Donau-Dampfschiffahrts-Ausfall durch die österreichische Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist vom König genehmigt worden, und mit dem 1. September übernimmt die Gesellschaft den Betrieb. Bei der jüngst vorgenommenen Konvertirung von 8 Millionen des bayerischen Prozentsigen Anlehens in 4prozentige Schuldverschreibungen sind, wie die „Jazzeitung“ berichtet, nur beiläufig 30,000 fl. zur Heimzahlung angemeldet worden. Wie die „Allg. Zig.“ verummt, beabsichtigt Se. Maj. der König Ludwig den bevorstehenden Winter in Rom zuzubringen. Se. Majestät soll zu diesem Ende Anfang des nächsten Monats von Ebnkofen nach Salzburg begeben, und von da, ohne vorerst München zu berühren, auf dem Landwege die Reise nach Italien antreten.

Darmstadt, 29. Aug. (Sch. M.) Unsere Wahlbewegung dauert fort. Gestern stimmten 1597 Wahlberechtigte ab. Von den 1100, die bis zum Nachmittag abgestimmt hatten, rechnet man über 700 zur liberalen, über 300 zur ministeriellen Partei. Der Volkswitz nennt die Anhänger und Förderer

der liberalen Wahlliste die „Heizer“, die der andern die „Bremser.“) Nachmittags soll sich das Verhältnis etwas ungünstiger für die Liberalen gestellt haben; aber doch blieben bis heute ihre Stimmzettel in der Mehrzahl. Gestern Nachmittag durchzogen Gendarmen die Stadt, um die letzte vom Hofgerichtsrath Schulz unterzeichnete Aufforderung, sich zu Gunsten der Fortschrittspartei an den Wahlen zu beteiligen und nicht müde zu werden, mit ihren Säbeln von den Häusern und Mauern zu hauen, an die sie angeschlagen waren. Dies auf Grund unseres neuen Pressgesetzes, wonach solches Anschlagen nur mit Erlaubnis der Lokal-Polizeibehörde geschehen darf.

Dresden, 30. Aug. Die „Allg. Ztg.“ theilt eine Analyse der Note mit, welche die sächsische Regierung bei Uebermittlung ihrer Antwort auf die österreichischen Zollvereinigungs-Vorschläge nach Berlin gerichtet hat. Hr. v. Beust spricht darin zunächst sein Bedauern darüber aus, daß die Voraussetzung des Beitritts aller Zollvereins-Regierungen zu dem Handelsvertrag mit Frankreich sich nicht verwirklicht habe, und weist auf das Verfahren der sächsischen Regierung hin, in dem Preußen wohl eine Bürgschaft für die Aufrichtigkeit dieser ihrer Anschauungsweise finden werde. Die sächsische Regierung müsse jedoch, den ablehnenden Antworten Bayerns und Württembergs gegenüber — ohne die Motive derselben zu den ihrigen zu machen — das diesen Regierungen zustehende Recht zur Ablehnung anerkennen. Wie jetzt die Sache liege, vertraue sie der Weisheit der k. preussischen Regierung, und hoffe, daß es dieser gelingen werde, den eingetretenen Zwiespalt auszugleichen, und daß Preußen die Sorgfalt, welche es jederzeit in dankenswerther Weise der Erhaltung des Zollvereins zugewandt, jetzt in erhöhtem Maße betätigen werde. Schließlich gibt Hr. v. Beust die Versicherung, daß Preußen in dieser Beziehung auf die eifrigste Unterstützung Sachsens sicher zählen dürfe.

Hannover, 27. Aug. (S. N.) Gestützt auf die neueste Verordnung des Königs, hat der Magistrat der Hauptstadt die Benutzung des neuen Katechismus in den ihm untergebenen Schulen verboten. Landrath Hilling, Oppositionsmitglied der Zweiten Kammer, ist vorgestern auf einer Reise in Eisenach plötzlich gestorben.

Berlin, 29. Aug. Da die württembergische Depesche in der Motivierung der Ablehnung sich nicht auf Einzelheiten einläßt, so war auch die preussische Regierung nicht in der Lage, so eingehend zu antworten, wie nach München, hat aber ihren Gesandten in Stuttgart ermächtigt, den wesentlichen Inhalt dieser Entgegnung baselbst mitzuteilen. Die nach Stuttgart abgegangene Depesche beschränkt sich (der „Südd. Ztg.“ zufolge) auf Hervorhebung einiger Haupt Gesichtspunkte; namentlich wird geltend gemacht, daß der Umstand, daß die Wünsche der Stuttgarter Regierung in Tariffragen nicht sämtlich Berücksichtigung gefunden, kein Ablehnungsgrund sei, da es in der Natur solcher Verhandlungen liege, daß beide kontrahierende Theile von ihren Wünschen etwas aufgeben müssen, wenn eine Verständigung erzielt werden soll. So habe auch die preussische Regierung Mancherlei nicht erreicht, was sie eifrig erstrebt habe. Wenn nun auch die württembergische Regierung in Bezug auf einzelne Tarifpositionen ihre Wünsche früher zu erkennen gegeben, so habe sie doch nicht im geringsten angedeutet, daß sie die Berücksichtigung ihrer Wünsche zu einer *conditio sine qua non* ihres Beitritts zum Verträge habe hinstellen wollen, und ihre Ablehnung hätte sie nur durch den Nachweis motivieren können, daß die wirklich vereinbarten Tarifsätze mit dem Interesse Württembergs unverträglich seien. Die Depesche schließt, wie die nach München gerichtete, mit dem Hinweis auf die dem Fortbestehen des Zollvereins drohenden Gefahren.

Der Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen wird zu Anfang Dezember d. J. zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammenberufen werden, um die Frage wegen des Vereinsreglements definitiv zu regulieren. — Die heute hier angekommenen Bände der Barnhagen'schen Tagesblätter (5. und 6.) sind von der Polizei mit Beschlag belegt.

Berlin, 30. Aug. (Köln. Ztg.) In der gestrigen Abend-sitzung der Marinekommission ward die Bewilligung von 600,000 Thalern für Panzerboote mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt; ebenso die von 380,000 Thalern als erste Rate für den Kügener Kriegshafen mit allen gegen eine Stimme; hauptsächlich, weil es unentschieden, ob der Jasmunder Bodden unbedingt vorzuziehen sei, sodann aber auch wegen mangelnder Voranschläge und des mangelnden Deckungsnachweises. In §. 2 ward das Wort „vorläufigweise“ von der Kommission gestrichen. Der Regierungskommissär widersprach dagegen wegen der Nothwendigkeit, den Staatsschatz zu erhalten. Die Resolution Reichenheim, die möglichst schnelle Vorlegung eines vollständigen Gründungsplanes und Deckungsnachweises betreffend, ward einstimmig angenommen. Der Regierungskommissär äußerte sich zustimmend. Die Resolution Gablenz in Bezug auf Zollvereins-Beiträge zur Marine ward einstimmig abgelehnt, nachdem der Regierungskommissär sich gegen dieselbe erklärt hatte.

Wien, 28. Aug. Die Mitglieder des deutschen Juristentages berathen heute wieder in den einzelnen Abtheilungen. Die beiden ersten Abtheilungen faßten über den Antrag von Professor Unger aus Wien folgende Beschlüsse: Die Paternitätsklage wird für zulässig erklärt. Die *Exceptio congressus plurium concubentium* wird gestiftet und dadurch der Paternitätsklage eine Beschränkung auferlegt. Die einzelnen Bestimmungen werden der Partikulargesetzgebung überlassen. In Betreff des von Kunzsch und Müller eingebrachten Antrags, den Erlaß eines das gesammte Verhängnis wesens betreffenden allgemeinen Gesetzes, wurde die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes einstimmig anerkannt. In der dritten Abtheilung kam zunächst der Antrag des Rechtsanwalts Schaffrath aus Dresden zur Berathung. Die Abtheilung einigte sich, den Antrag adoptirend,

auf folgende Resolution: „Der deutsche Juristentag wolle aussprechen, daß im Strafprozeß nur eine Art der Freisprechung — eine vollständige und unbeschränkte — nicht aber außer ihr auch noch eine beschränkte, aus Mangel an vollständigem Beweise, statthabe.“ Es folgten die Anträge von Dr. Krävel aus Raumburg, die Frage betreffend: ob trotz der Uneinigkeit bezüglich der Abschaffung der Todesstrafe ein gemeinsames Strafgesetzbuch zu Stande gebracht werden könne. Die Versammlung faßte folgenden Beschluß: „Die in den deutschen Strafgesetzen gegenwärtig bestehende Verschiedenheit hinsichtlich der Zulässigkeit der Todesstrafe ist kein Hinderniß gegen das sofortige Zustandekommen der vom Juristentage als dringendes Bedürfniß erklärten gemeinsamen Strafgesetzgebung.“

Hinsichtlich der von dem Hofgerichtsrath v. Stöcker aus Bruchsal aufgeworfenen Frage: „ob entehrende Strafen dem Berechtigten- und Besserungszweck der Strafe nicht widersprechen, und ob solche deshalb bei Bearbeitung eines gemeinsamen Strafgesetzbuches Aufnahme finden mögen?“ beschließt die Versammlung, den Anträgen von Sektionschef Hye entsprechend, es sei an folgenden Grundfragen festzuhalten:

- 1) Alle schon ihrer Qualität nach einen das Ehrgefühl jedes Menschen erlösenden oder doch abkämpfenden Charakter einschließenden Strafen oder Verschärfungen derselben, wie z. B. die Ausfesselung am Straßfuß, die Kettenstrafe und insbesondere jede Art von körperlicher Züchtigung, haben unbedingt zu entfallen.
- 2) Die in der Wissenschaft und den bestehenden Strafgesetzen unter dem Namen: entehrende Strafen bekannten Verluste der Ehren, der politischen (staatsbürgerlichen), Dienst-, Amts- und der gemeinen bürgerlichen Rechte sollen kraft des Gesetzes oder durch besonders richterliches Strafereurtheil nur mit der Strafe für solche strafbare Handlungen verbunden werden, welche auf einer verächtlichen, erfolglosen Gesinnung beruhen, und deshalb von der herrschenden Volkmeinung als entehrend angenommen werden.
- 3) Es hat aber auch bei den strafbaren Handlungen der erwähnten Kategorie in der Regel mit der Entziehung der Strafe überhaupt auch die Fähigkeit zur Wiedererlangung der verlorenen Ehren, politischen und Dienstrechte und die Berechtigung zur Wiederaufhebung der entzogenen gemeinen bürgerlichen Rechte ohne weiteres einzutreten, und nur in solchen Fällen, wo eine strafbare Handlung auf besondere Niederträchtigkeit oder Bosheit des Schuldigen schließen läßt, sowie bei Gewohnheitsverbrechen soll es dem erkennenden Gerichte freistehen, die Fortdauer der Unfähigkeit zur Wiedererlangung, und beziehungsweise die Wiederaufhebung der genannten Kategorien von Rechten, noch durch einige Zeit über das Ende der Strafe hinaus, jedoch in einer der verhängten Strafe entsprechenden Dauer oder Zeitkala und höchstens auf zehn Jahre nach Entlassung der Strafe auszuspähen.

4) Bei allen übrigen strafbaren Handlungen soll während der Dauer der Freiheitsstrafe nur die Ausübung der genannten vier Kategorien von Rechten ruhen. Daher nach dem Erlöschen der Strafe von selbst entfallen.

5) Dem Richter soll bei Bestimmung der Art der Freiheitsstrafe die Möglichkeit geboten werden, dem Umständen Rechnung zu tragen, daß die Handlung nicht aus unehrenhafter Gesinnung hervorgegangen ist, und zu diesem Zweck sollen besondere Strafarten eingeführt werden.

6) Das Begnadigungsrecht der Krone (des Staatsoberhauptes) ist auch in Beziehung auf die gänzliche und theilweise Nachsicht dieser Straffolgen im vollsten Umfange aufrecht zu erhalten.

7) Es seien diese Bestimmungen des künftigen deutschen Strafgesetzes rückwirkend auf alle durch frühere Gesetze angeordneten und schon ausgesprochenen Verurtheilungen in Anwendung zu bringen, insoweit diese Bestimmungen für die Verurtheilten günstiger sind, als die bisherigen Strafgesetze.

Der Grundlag 5 wurde von Professor Wächter vorgeschlagen, die übrigen sämtlich von Hye. — In der vierten Abtheilung lag die Frage vor: „Soll, was den Beweis in bürgerlichen Streitigkeiten betrifft, das Urtheil nach freier richterlicher Ueberzeugung ohne verbindende Beweisregeln erfolgen?“ Der Referent Dr. Pfeiffer aus Bremen hatte beantragt, diese Frage im Prinzip zu verneinen. Die Sektion beschloß jedoch, nach einem glänzenden Vortrag von Professor Endemann in Jena: „Es möge das Urtheil nach freier richterlicher Ueberzeugung, allerdings mit Berücksichtigung der durch das materielle Recht selbst gezogenen Grenzen, erfolgen.“ Eine weitere Vorlage betraf die Frage: „Soll der erste Richter an ein von ihm erlassenes Beweisinterlokut bei der Hauptentscheidung gebunden sein?“ Die Abtheilung beschloß auf Antrag des Referenten Justizrath Volkmar aus Berlin: „Der Juristentag möge beschließen, daß das vom Richter erlassene Interlokut denselben nicht binde, doch hat die Beweisauflage durch ein mit Gründen versehenes Dekret zu erfolgen.“ Die übrigen Vorlagen wurden, als noch nicht eingehend beleuchtet und nicht spruchreif, der ständigen Deputation überwiehen.

Der Commers, welchen die Wiener Advokaten und Notariatskammer zu Ehren des dritten deutschen Juristentages veranstaltete, reichte sich den Festlichkeiten dieser Woche würdig an. Akademischer Frohsinn und ungeheure Heiterkeit herrschte in den reichgeschmückten und illuminierten Räumen des Dreher'schen Lokals. Der Vorstand der Advokatenkammer, Dr. Schuppant'schitz, begrüßte die Gäste mit einigen herzlichen Worten; dann folgte ein Redner, ein Hoch dem andern. Ein erster Trinkspruch des Dr. Berger und ein launiger des Professors Jhering fanden den lautesten Widerhall. Der Wiener Sängerbund trug unter stürmischem Beifall eine Reihe von Chören vor; „Gott erhalte“, „Deil dir im Siegerkranz“ und „Was ist des Deutschen Vaterland“ spielten die gebührende Rolle.

Heute Abend traten die von den vier Abtheilungen des dritten deutschen Juristentages ernannten Vertrauensmänner zusammen, um die Wahlen für die ständige Deputation des Juristentages zu vollziehen. Das Scrutinium, welches um 8 Uhr beendigt war, ergab folgendes Resultat:

Chrenpräsident: Wächter, Karl Georg von, Geh. Rath und Professor aus Leipzig. Mitglieder: Berger, J. N., Dr., Hof- und Gerichtsadvokat; Glaser, Julius, k. l. Professor; Keller, Gustav, Dr., k. l. Oberlandesgerichts-Rath; Ritz, Leopold, k. l. Sektionschef, und Scharfshmid, Franz, Ritter v., Dr., k. l. Landesgerichts-Präsident, aus Wien. Hierseits: G., Elabritscher; Volkmar, Leopold, Anwalt; Waldeck, Heinrich, Obertribunalrath, und Wartenleben, Julius,

Graf, Eadlgerichts-Rath, aus Berlin; Ruhwandl, Max Joseph, Advokat, aus München; Schaffrath, Wilhelm, Dr., Rechtsanwalt, und Schwarze, Friedrich, Dr., General-Staatsanwalt aus Dresden; Pfand, G., Obergerichtsassessor a. D. aus Göttingen; Faber, Eduard, Obertribunalrath aus Stuttgart; Bluntzschli, Johann Kaspar, Hofrath und Professor aus Heidelberg; Pfeiffer, Friedrich, Dr., Obergerichtsanwalt aus Bremen; Jhering, Rudolf, Geh. Justizrath und Professor aus Gießen; Drechsler, August, Dr., Bürgermeister von Parchim in Mecklenburg-Schwerin.

* **Wien, 29. Aug.** Den „Neuesten Nachrichten“ ist folgende Zuschrift zugegangen: „Wir halten uns für verpflichtet, um sofort Mißverständnissen entgegenzutreten, zu erklären, daß der in Nr. 237 der „Neuest. Nachr.“ enthaltene Bericht über die am 27. d. M. abgehaltene Besprechung mehrerer Mitglieder deutscher Landtage über die deutsche Frage in einer wesentlichen Beziehung einer bestimmten Berichtigung bedarf. Ueber den Satz: „Eine bestimmte Bundesreform sei nicht mit preussischer Spitze durchzuführen,“ fand weder eine Debatte, noch eine Einigung statt; vielmehr wurde über die Form der zu schaffenden deutschen Centralgewalt nicht verhandelt, sondern nur das Bedürfniß einer Einigung auch in dieser Beziehung als dringend anerkannt; wohl aber wurde die Meinung ausgesprochen und konstatirt, daß das Streben in Deutschland nicht auf ein Aufgehen in Preußen, sondern vielmehr auf Gründung einer deutschen nationalen Centralgewalt im Verhältnis zum Ausland gerichtet sei. — Dr. Bluntzschli. Dr. Rechsbaier.“

Ihren früheren Bericht über die Besprechung fügen die „Neuest. Nachr.“ zur Ergänzung noch Folgendes bei: „Als leitender Gesichtspunkt wurden mehrere bekanntere Sätze aus dem Programme des Nationalvereins herangezogen, an welchen sich die Diskussion entwickelte. Dahin gehörte natürlich vor Allem die einheitliche Centralgewalt unter preussischer Führung. Von Seiten der Deutsch-Oesterreicher wurde geltend gemacht, daß diese preussische Führung weder in den heftigen Zuständen Preußens selbst begründet sei, noch aber der Bundesreform in den süddeutschen und österreichischen Ländern besondere Freunde erwerben könne. Es dürfe somit ein solcher Punkt nicht als vorwiegende Bedingung der deutschen Reformbewegung hingestellt werden. Die Bildung der Centralgewalt werde besser als offene Frage betrachtet. [Klingt ganz anders, als die frühere Angabe des Blattes.] Bezüglich des Parlaments konnte man sich zwar über keine bestimmte Formulierung verständigen. Indes wurde von allen Seiten zugegeben, daß man eine Delegirtenversammlung nach dem Reichberg'schen Muster nicht für ausreichend halte. Die anwesenden Deutsch-Oesterreicher erklärten vielmehr, daß sie jeder Zusammenfassung eines Parlaments, welches als wirkliche Volksvertretung berufen werde, beistimmen würden. Bezüglich des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an einen deutschen Bundesstaat, d. h. der möglichen Reichswelzung mit den nationalen Interessen desselben, differirten allerdings auch die Ansichten der anwesenden Oesterreicher, indem ein Theil derselben eine Erklärung hierüber erst dann für passend und notwendig hielt, wenn die Bundesreform so weit gediehen sei, während ein bekannter Wiener Volksmann, welcher gleichsam die äußerste Linke in dieser kleinen Versammlung vertrat, sich Namens seiner deutsch-österreichischen Bestimmungsgenossen zu der Erklärung ermächtigt hielt, daß Deutsch-Oesterreich jeder wie immer gestalteten Vertretung Gesamt-Deutschlands ohne Rücksicht auf die momentanen Verfassungszustände Oesterreichs beizutreten bereit sei.“

Im Ganzen genommen, scheint man jeder bestimmteren Formulierung der Ansichten bedächtig aus dem Wege gegangen zu sein. Man suchte vielmehr durch Frage- und Antwortstellung die gegenseitige Position als nicht haltbar nachzuweisen; von österreichischer Seite war man bemüht, die volle Bereitwilligkeit darzulegen zu jeder gewünschten Art der Bundesreform, sofern dieselbe selbständig ohne Bevorzugung oder Führung eines bestimmten Staates zu Stande komme; von Seiten der nationalvereinerlichen Mitglieder hingegen erklärte man sich schließlich eben so bereit, auf eine Modifikation des deutschen Programms in dieser Richtung hinzuwirken.“

Italien.

** **Turin, 28. Aug.** Der Prozeß gegen den Obersten Acerbi hat mit der Freisprechung des Angeklagten geendet. Im Laufe der Verhandlung sind Thatsachen an die Öffentlichkeit gezogen worden, welche die Organe der italienischen Polizei in hohem Grad kompromittiren.

* **Turin, 30. Aug.** Die „Offizielle Zeitung“ bringt folgende Nachrichten: Eine Depesche des Generals Cioldini in beständig das diesen Morgen gemeldete Ereigniß. Die Kolonne Pallavicino's war 1800 Mann stark; sie hat 2000 Gefangene gemacht. — Um das Publikum vor ungenauen Nachrichten zu bewahren, erklärt die Regierung, daß die „Offizielle Ztg.“ das einzige Organ ihrer Anschauungen und Beschlüsse ist. Garibaldi hat zwei Wunden empfangen, worunter eine schwere. Sein Sohn Menotti ist gleichfalls verwundet. — Nach der „Turin. Ztg.“ hätte Garibaldi verlangt, auf einem englischen Schiff Italien zu verlassen.

* **Neapel, 31. Aug.** Der Verlust der Garibaldi-ner zu Aspromonte beträgt 12 Tode, 200 Verwundete und 2000 Gefangene. Der Verlust der königl. Truppen ist unbekannt. Garibaldi ist ziemlich schwer am Fuß verwundet. Er wurde mit seinem Sohn Menotti an Bord der Fregatte „Ducadi Genova“ eingeschifft, um nach La Spezia gebracht zu werden.

* **Catanea, 19. Aug.** Ein Korrespondent der Londoner „Daily News“ schreibt u. A., Garibaldi habe bei seiner Anwesenheit in Catanea zu ihm gesagt: „Ich will den Bürgerkrieg, so lange ich kann, vermeiden; wenn sie aber nach unsren Waffen greifen, werden wir sie nicht ausliefern. Ich weiß, daß die Nation mit mir ist. Wenn ich mich über ihre Gesinnung täuschte, würde ich nach Amerika gehen.“

Messina, 29. Aug. Die Zahl der in Catania zurückgebliebenen Freiwilligen beläuft sich auf etwa 2000. Neue Streikkräfte kommen vom Kontinent.

Marseille, 29. Aug. Eine Depesche aus Genua meldet die Festnahme des Postkämpfers „Abbatucci“, obgleich der Kapitän desselben behauptet, auf der Rebe von Catania den Schutz der beiden königl. Fregatten daselbst vergebens anzufragen zu haben. Verdächtige Dampfer, in denen man Waffenladung vermutet, sind im Adriatischen Meer signalisiert worden.

Frankreich.

Paris, 30. Aug. Das Lager von Chalons wird morgen aufgehoben werden. Die „Patrie“ widerspricht heute der Nachricht von Errichtung eines Lagers im Bar-Departement. — Der „Moniteur“ veröffentlicht heute einen Bericht über die Zustände in Mexiko. Militärisches ist nichts vorgefallen. Die Armee des Generals Zaragoza ist, der Aussage von Desfontaines zufolge, seit den Gefechten von Barranca-Seca und Drizaba demoralisiert, das Expeditionskorps die Ankunft der angemeldeten Verstärkungen aus Frankreich ohne Besorgnis abwarten kann. Die Partei des Juárez verliert, dem Bericht zufolge, mehr und mehr Terrain. — General Mejia hätte Guanaxajuato eingenommen und bedrohte Puebla und Mexiko selbst, und die Streitkräfte der Gefe, welche die Autorität des Almonte anerkannten, belaufen sich auf 22,000 Mann u. s. w. Besonders beachtenswert aber ist der Schluss des Berichts. Ein französischer Kolonialoffizier wurde fast an den Thoren der Stadt Mexiko von Straßenräubern aufgehoben, um nur gegen hohes Lösegeld freigelassen zu werden. Darin steht der „Moniteur“ einen neuen Beweis für die Ohnmacht der mexikanischen Regierung, Leben und Eigentum der Bewohner zu schützen, und eine abermalige Rechtfertigung derselben, die für Mexiko nur Heil in einer Intervention sehen, welche dieses Land aus der traurigen Lage ziehen würde, in welcher es sich schon seit so vielen Jahren befindet. — Wie Sie sich denken können, eröffnete die Börse heute inmitten der größten Agitation. Ital. Anleihe, welche gestern 68.75 schloß, eröffnete heute zu 70.60, und stieg um fast 3 Fr. auf 71.50. Vergebens versuchten es die Baisiers, der Bewegung dadurch Einhalt zu thun, daß sie die Gerüchte verbreiteten, in Neapel sei auf die Nachricht „vom Tode Garibaldi's“ ein Aufstand ausgebrochen, und endlich, daß gar nicht der General Garibaldi, sondern sein Sohn Menotti gefangen sei. Uebrigens war die Bewegung zu rasch und die politischen und finanziellen Nachwehen werden so schmerzhaft sein, daß eine Reaktion nicht ausbleiben wird. Rente stieg auf 69 Fr. Mob. Credit auf 855 u. s. w.

Paris, 31. Aug. Der „Moniteur“ schreibt: „Der Aufstand, welcher die Geschichte Italiens zu gefährden drohte, ist zu Ende. Garibaldi, der den Marsch gegen Reggio aufgegeben hatte, war nach Aspromonte, einer der stärksten Positionen in den Apenninen, zurückgegangen. Dort wurde er gestern von einer Kolonne königl. Truppen unter Befehl des Herzogs Pallavicini angegriffen. Nach einem sehr lebhaften Gefechte, in dem er verwundet wurde, mußte er sich mit allen seinen Anhängern ergeben. Eine italienische Fregatte, an deren Bord er sofort gebracht wurde, hat den Auftrag, ihn nach La Spezzia zu führen. Die Wulade von Sizilien ist aufgehoben.“

Die Regierungsorgane sind natürlich sehr erfreut über die rasche Unterdrückung der Garibaldi'schen Schilderhebung, worin sie einen Sieg der „Ordnung“ gegenüber der „Anarchie“ und dem „Mazzinismus“ erblickten, zu dessen Organ sich Garibaldi hergegeben habe. „La France“ hebt hervor, daß wenigstens die französische Militärvornehmung nicht mehr im Spiele sei und daß die römische Frage jetzt wieder so stehe, wie vor zwei Monaten, nur daß die Diplomatie jetzt um so freier prüfen könne, was das Interesse des Landes, die Zukunft Italiens, und das europäische Gleichgewicht erfordere. Die unabhängigen Blätter sprechen übereinstimmend die Ansicht aus, daß die baldige Lösung der römischen Frage zu Gunsten des italienischen Volkes gerade durch die neuesten Ereignisse um so dringlicher geworden sei. Dem „Monde“ erscheint der Sieg zu schnell; ein längerer und erusteter Kampf würde der Turiner Regierung größere Früchte eingetragen haben; der Garibaldi'schen Partei ergehe es wie Garibaldi selbst; sie sei vielleicht sehr schwer verwundet, aber nicht vernichtet worden, u. s. w.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 30. Aug. Ein kais. Dekret verordnet eine bedeutende Herabsetzung der Mannschaften bei der Garde und bei den Linientruppen. Das 2., 3. und 5. Armeekorps, die sich auf dem Kriegsfuß befinden, sollen auf den Friedensfuß gesetzt werden.

Warschau, 27. Aug. Der Großfürst-Statthalter hat heute folgende Proklamation erlassen:

Polen! St. Maj. der Kaiser und König, mein erlauchter Bruder, hat durch meine Ernennung zu seinem Statthalter im Königreiche Seiner polnischen Unterthanen einen unzweifelhaften Beweis Seiner gütigen Gesinnungen gegen dieselben liefern wollen. Indem ich die Pflicht übernehme, die es meinem erlauchtesten Herrscher gefiel, mir zu übertragen, verheißt ich mir nicht die Schwierigkeiten meiner Aufgabe. Aber die Reinheit meiner Gesinnung, meine Hingebung an Gott und auf die Theilnahme aller ihr Vaterland wahrhaft liebenden und um dessen wahres Wohl besorgten Polen verleihe mir Zuversicht. Mit diesen Gesinnungen gehorche ich der Stimme meines Monarchen, und als Unterpfand meiner Gesinnung bringe ich mit mir zu euch, was meinem Herzen das Theuerste ist, meine Gemüths- und Leiber, und thut dies unmittelbar nach einem Attentat auf den Repräsentanten des Kaisers. Start durch mein Gewissen und durch die Absicht, alle meine Kräfte eurem Glücke zu widmen, kam ich zu euch unter dem allmächtigen Schirme des grenzenlosen Vertrauens, welches ich auf euch setzte. Und doch, ehe noch mein Fuß eure Land betrat, war schon der Arm des Meeres bewaffnet, der mir sofort den Mordstoß geben sollte. Der Tod lauerte auf mich mitten unter der Menge, die mir zum Willkommen entgegenkam, und folgte meinem ersten Schritte,

als ich vor die Altäre des Herrn trat. Nur durch Gottes Verhütung wurde ich gerettet.

Seitdem wurden noch zwei Attentate verübt an dem Manne, den mir das Vertrauen des Kaisers und Königs aus eurem Kreise zum Mitarbeiter an meinem großen Werke gab. Die Hand der Gerechtigkeit hat die Schuldigen erreicht. Die Regierung St. Majestät wird verbrecherische Komplote zu strafen und wohlgeleitete Menschen mit dem Schutze des Gesetzes zu schützen wissen.

Polen! Wollt ihr zulassen, daß eine verbrecherische Partei, die zwar nicht zahlreich, aber bis zur Wuth hochhaft ist und zu den schrecklichsten Mitteln ihre Zuflucht nimmt, eine Scheidewand errichte zwischen euch und Volk und die Erfüllung der großmüthigen Absichten St. Majestät verhinere? Wollt ihr es dulden, daß unter dem Vorwand der Freiheit und Vaterlandsiebe eine abenteuerliche Verschwörung die Nation mit unangenehmen Drohungen terrorisire? Zeigt euch eurer ruhmvollen Vorfahren werth und gebietet, daß bisher kein Mann eurer Geschichte die Fäden so schrecklicher Thaten an sich trug. Ueberzeugt die ganze Welt durch euer Verhalten, daß ihr alle Solidarität für die Nation schändende Verbrechen von euch abweist.

Die von dem Kaiser und König zur Befriedigung wahrer Bedürfnisse beschlossenen und bereits in Ausführung gebrachten großen Reformen, als die Errichtung des Staatsrathes, die Organisation der Schulen und des Departements für Unterricht und Kultus, die Zinsbarmachung der Bauern, die Judenemanzipation, die Errichtung der Stadt- und Kreisräthe, die Reform der Administration, — alle diese Maßregeln zeugen deutlich von der tiefreichenden Sorgfalt unseres erlauchtesten Monarchen für euch. Gebet daher nicht zu, daß deren vollständige Ausführung und weitere Entwicklung durch eine verbrecherische Partei gehemmt werden könnte, die das Wohl des Landes der Bewerthung ihrer Unmündigkeitsprinzipien aufopfert; durch eine Partei, die nur zersören, aber nicht bauen kann.

Polen! Setzt euch mit mir ein gleiches Vertrauen, wie ich auf euch gesetzt habe. Vereint mit mir in einem Gesichte, laßt uns gemeinsam und einträchtig an dem Wohle Polens arbeiten und Gott bitten, unsere Anstrengungen zu segnen, und eine neue Epoche der Wohlfahrt und des Glückes wird sich eröffnen für dieses Vaterland, welches ihr so sehr liebt.

Konstantin.

Wer kann — sagt die „Köln. Ztg.“ mit Recht — diese Proklamation lesen, ohne Mitleid für den fürstlichen Mann, der hier offenbar mit wahrer Ueberzeugung zu den Polen so beherzigenswerthe Worte redet? Wer fühlt aber nicht, daß die Worte des hochgebildeten und hochherzigen Großfürsten Konstantin den Weg zum Herzen der Polen nicht finden werden? Das Wort der Vernunft ist augenblicklich machlos. Polen in seinen alten Grenzen herzustellen, ist jetzt der Traum, welchen die ganze politische Nation bei hellem Tage träumt. Die Liebe zum Vaterland ist zu einer Leidenschaft geworden, welche sich über alle geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze hinwegsetzt und selbst nicht vor dem schrecklichsten Verbrechen, dem Mord, zurückerschreckt, geschweige denn vor jeder andern Ungeheuerlichkeit. Ja, mit Entsetzen lesen wir so eben in der „Stern-Ztg.“: „Wie aus Warschau berichtet wird, ist am 24. v. M. auf's neue ein Mordversuch gegen den Grafen Wielopolski, und zwar vermittelt eines anonymen, vergifteten Briefes unternommen worden. Der Brief war sehr fein geschrieben, so daß der kurzlichige Graf ihn dicht vor die Augen halten und mit vollen Zügen die giftigen Dünste einathmen mußte. Sehr bald stellten sich Uebelkeit und Erbrechen ein, und als auch bei anderen Personen nach Befichtigung des Briefes dieselben Symptome sich zeigten, ermittelte man die Ursache dieser beunruhigenden Erscheinungen.“

Warschau, 29. Aug., Abends. Der Rabbiner Meisel, der Prediger Jafrow und der Lehrer Kranski sind amnestirt und ist ihnen die Rückkehr nach Warschau gestattet worden. Nach dem „Dziennik“ sind mehrere Teilnehmer an geheimen Umtrieben entdeckt worden.

Montenegro.

Konstantinopel, 30. Aug. Die Türken haben Cetinje genommen. Fürst Nikolas und Mirko sind auf der Flucht nach Desterreich. Die Stadt verbrannt.

Amerika.

Neu-York, 18. Aug., Abends. General McClellan räumte Harrison's Landing am 16. d. und kam glücklich und ohne ein Gefecht zu bestehen nach Williamsburg. Unionistische Berichte aus Neu-Orleans sagen, daß die Südlischen am 5. Baton Rouge angegriffen haben und mit schwerem Verlust zurückgeschlagen wurden. Der Unionsgeneral Williams wurde getödtet. Das südlische Widdergeschiff „Arcansas“ ist von den Union-Kanonendonnen zerstört worden. In Arcansas kam es zu einer Schlacht, in der die Südlischen eine Niederlage erlitten. Der Unionsoberst Corcoran, der in Freiheit gesetzt wurde, ist in Washington angekommen. Der Gouverneur von Kentucky hat seine Entlassung genommen. Der britische Dampfer „Columbia“ ist auf der Höhe der Bahamas genommen worden. Der Dampfer „Hansa“ ist angekommen. Ein Theil von McClellan's Armee schiffte sich in Harrison's Landing auf Transportschiffen ein. Der größere Theil zog sich zu Land über Williamsburg zurück. Alles wurde von Harrison's Landing mitgenommen. Man glaubt, daß ein ansehnlicher Theil von McClellan's Armee auf der Halbinsel bleiben, daß aber der größere Theil mit General Pope kooperiren werde. Man befürchtet, daß die Südlischen einen Angriff auf Suffolk vorhaben. In Tennessee dauern die Gefechte und Scharamügel fort. Die Eisenbahnverbindung mit Nashville ist abgeschnitten. Die Südlischen sollen mehrere neue Punkte in Kentucky besetzt haben, allein die Militärbehörden behalten die Namen der Orte für sich. 3000 Mann südlischer Kavallerie sollen 25 Meilen südlich von Lexington stehen. General Butler beglückwünscht die Unionstruppen amlich dazu, daß sie die Südlischen bei Baton Rouge zerprengt und dabei, wie er behauptet, 3 Stüd Gefolge erobert haben. Der Commodore Farragut hat Donald'sville

in der Nähe von Neu-Orleans zerstört, weil Streifbänder von den Flussufer auf die Flotte geschert hatten. General Pope's Armee hat auf den Ufern des Rapidan ihr Lager aufgeschlagen. Auf 10 Meilen weit vom Cedarburg sind keine Südlischen zu sehen. Man glaubt, daß General Jackson eine andere Richtung eingeschlagen hat. Oberst Corcoran wurde zum Brigadegeneral ernannt; er wurde in Washington enthusiastisch aufgenommen und hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, worin er die Irländer aufforderte, ihr Werk in Amerika zu vollenden; wenn diese Aufgabe erfüllt sei, würden sie sich anderswo eine neue Gelegenheit schaffen. Erzbischof Hughes hielt eine Predigt für die Fortsetzung der Freiwilligenwerbung oder Konfribirung, um dem Kampf durch Kraft allein ein Ende zu machen. Vom „Golden Gate“ sind noch 19 Passagiere gerettet worden.

Neu-York, 19. Aug., Abends. General McClellan's glückliche Räumung von Harrison Landing, der föderalistische Waffenerfolg in Baton Rouge, die wesentliche Zunahme in den Werbungen, und die Erwartung, daß Halleck's Angriffsplan auf Richmond gelingen werde, haben zusammengewirkt, um das Publikum freudiger zu stimmen, und es herrscht im Allgemeinen ein hoffnungsvollerer Geist. Es wird amtlich angekündigt, daß die Konfribirung sofort beginnen soll. 40 Regimenter sind in Folge der eilen Ausrufung im Staate Neu-York organisiert worden. Die Werbungen gehen viel besser von Statten.

Neu-York, 21. Aug. Der am 18. in Richmond zusammengetretene Kongreß des Südbundes wird ein Konfribitionsgesetz beschließen. Die Bundesregierung wird dem holländischen und französischen Konsul, sowie den ausländischen Kaufleuten die reklamierten Summen zurückzahlen. — In Brooklyn hat eine dem Krieg günstige Volksversammlung stattgefunden.

Vermischte Nachrichten.

Verzeichniß der Ehrengaben, welche bis zum 31. Aug. l. J. beim Vorstand der Schützengesellschaft Offenburg Beibus des abgehaltenden ersten Kreischießens für Unterbaden eingelaufen und angemeldet wurden. 1) Von der Schützengesellschaft Offenburg: „eine Fünfschöbule“. 2) Von Hrn. Alexander Hentz in Offenburg: „ein Krystall-Jagdbüchel“. 3) Von der Stadt Offenburg: „ein silberner Pokal“. 4) Von der Schützengesellschaft Offenburg: „ein Ordonnanzbüchel“. 5) Von der Schützengesellschaft Mannheim: „ein Ordonnanzbüchel“. 6) Von Hrn. D. Weller, Glashändler in Offenburg: „ein verre d'eau service“. 7) Von Hrn. Rudolf Nerlingen, Messerschmied in Offenburg: „ein Jagdmesser“. 8) Von Hrn. August Hörschbach von Offenburg: „drei feine Kistchen Cigaretten“. 9) Von der Schützengesellschaft Emmendingen: „das Portrait Sr. Hoheit des Herzogs Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha“. 10) Von der Schützengesellschaft Forzheim: „ein Stuhl mit 25 St. l.“. 11) Von der Schützengesellschaft Karlsruhe: „ein silberner Pokal“. 12) Von Hrn. Kreis-Schützenvorstand Schridel in Karlsruhe: „ein silbernes Serviettenband“. 13) Von der Schützengesellschaft Gernsbach: „eine Victorien-Keppe mit Kette und Gewicht“. 14) Von der Schützengesellschaft Bruchsal: „ein Stuhl mit 1/2 Duzend seine Besten mit Eisenbüchsen“. 15) Von der Schützengesellschaft Staufen: „25 Flaschen Markgräfler Wein“. 16) Von der Schützengesellschaft Freiburg: „eine Gabe angemeldet (noch unbekannt)“. 17) Von der Metzgerzunft Offenburg: „ein Stuhl mit Besten und silbernem Kessel“. 18) Von der Metzgerzunft: „ein silberner Becher. Wir bringen dies zur Vervollständigung des Schützenbrieves zur Kenntniß der Schützenfreunde, und werden die Fortsetzung des Gabenverzeichnisses noch folgen lassen. — Der Vorstand der Schützengesellschaft Offenburg. Ferd. Hölzlmaier.“

Carlsruh, 28. Aug. Nach dem für 1862 ausgegebenen Programm des hiesigen Gymnasiums e. b. betrug die Schülerzahl 158. Der Unterricht wurde von 7 Lehrern und dem Stadtschulrath erteilt. Von der für landesherrliche theologische Stipendien bestimmten Summe wurden dem hiesigen Gymnasium 2960 fl. zugewiesen. Da der Kaplan nur 8 Stunden Religionsunterricht zu erteilen verpflichtet ist, so trifft jeden der übrigen Lehrer ein ziemlich hohes Stundenentgelt, und es wäre zu wünschen, daß dem Gymnasium ein weiterer Lehrer zugewiesen werden möchte. So viel man vernommen hatte, wäre der Lehrer der hiesigen Gewerbeschule bereit, gegen eine angemessene Remuneration in einigen Realfächern Unterricht am Gymnasium zu erteilen. Auf diese Weise wäre es wohl am ehesten möglich, daß den Gymnasiallehrern der einzelnen Klassen Unterrichtsstunden, die sie in Realfächern zu besorgen haben, abgenommen und dem Reallehrer übertragen werden könnten.

London, 30. Aug. Vorigen Donnerstag Nacht ereignete sich ein furchtbarer Eisenbahn-Unfall bei Market Harborough. Zwei Ertragszüge, der eine mit fast 1000 Passagieren beladen, fuhren wenige Minuten nach einander von London ab. Gegen Mitternacht fuhr der zweite in den ersten hinein, der einen Augenblick anhalt, um Wasser einzunehmen. Die Dunkelheit verheißte die Schreden des Schanplages. Mehrere Personen wurden auf der Stelle getödtet, 25 großlich verwundet, und im Ganzen an 400 Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Carlsruh, 1. Sept. Bei der heute vorgenommenen Gewinnziehung der badischen 50-fl.-Loose sind folgende Nummern mit den beigegebenen Gewinnsummen gezogen worden: Nr. 44,823 35,000 fl.; Nr. 55,237 10,000 fl.; Nr. 27,298 7000 fl.; Nr. 38,183 3000 fl.; Nr. 22,763, 43,276, 83,503, 92,593 à 1500 fl.; Nr. 18,886, 34,909, 43,401, 62,603, 81,148 à 1000 fl.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Hermann Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 2. Sept. 3. Quartal. 87. Abonnementsvorstellung. Die lustigen Weiber von Windsor; komischphantastische Oper mit Tanz in 3 Akten, von Nicolai.

